

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	62 (1983)
Heft:	3
Artikel:	Beschäftigungspolitik zwischen Sackgasse und Ausweichpfaden : der Ruf nach dem Staat
Autor:	Strahm, Rudolf H.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-339976

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ne solche Art der Meinungsbildung: das Vernehmlassungsverfahren. Ein Ausbau und insbesondere der *Miteinbezug auch kleinerer Gruppen*, sollte auf keine grossen Hinernisse stossen.

Was bei der Geldmenge möglich ist, ist auch bei andern volkswirtschaftlichen Grössen möglich

Bei der Festlegung von Zielen für Grössen wie Investitionen, Konsum, Importe, Exporte kann man im Prinzip anknüpfen an die Praxis der Notenbank bei der Geldpolitik. Genauso wie das Geldmengenziel als Rahmengrösse bekannt gegeben wird, so braucht es auch für die anderen wichtigen volkswirtschaftlichen Grössen Ziele, die gesamthaft anzustreben sind, und genau so, wie die Notenbank Instrumente (z.B. Diskont-Lombardpolitik, Mindestreserven, Kreditrestriktionen, Emissionskontrolle) hat, um ihr Ziel zu verwirklichen, genauso braucht der Bund Instrumente, um die Ziele seiner Wirtschaftspolitik zu erreichen. Denn wenn es einleuchtend ist, die Geldpolitik nicht den Geschäftsbanken zu überlassen, dann ist es genau so einleuchtend, die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und *das Schicksal der Umwelt nicht weitgehend den Unternehmen zu überlassen*.

Die Idee eines verbindlichen Rahmenplanes unterscheidet sich grundlegend von einer Planwirtschaft. In einem Rahmenplan sind wohl verbindliche Richtwerte festgelegt, aber nicht für das einzelne Unternehmen, sondern für die gesamte Volkswirtschaft. Innerhalb dieses Rahmens haben die Unternehmen einen grossen Spielraum. *Gebote und Verboten werden erst wirksam, wenn die Gefahr eines Überschreitens*

der Richtwerte droht. Damit es möglichst nicht so weit kommt, würde mit Anreizen (Steuererleichterungen, günstigen Krediten, Starthilfen usw.) oder mit Auflagen zu lenken versucht. Wenn die Ziele bekannt sind, kann die Lenkung früh genug, und entsprechend fein dosiert, erfolgen, im Gegensatz zu heute, wo erst eingegriffen werden kann, wenn es zu spät ist.

Keine bequeme Patentlösung

Zum Schluss muss gesagt werden: Die Verwirklichung einer demokratischen Rahmenplanung in der skizzierten Art ist keine bequeme Patentlösung. Sie ist anspruchsvoll, erfordert Engagement und die Bereitschaft aller Bürger, über die zu lösenden Fragen nachzudenken

und sich eine Meinung zu bilden. Auf der andern Seite rüttelt sie an den heutigen Machtverhältnissen und würde von den heute Bestimmenden in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verlangen, dass sie die Meinung der Bevölkerung ernst nehmen müssten.

Eine realistische Einschätzung der Lage und Aussichten muss davon ausgehen, dass in Zukunft sehr viel an in der Vergangenheit Eingebrücktem ausgefressen werden muss. Zudem sind die Zeiten des «Konsenses des wachsenden Kuchens» vorbei. Wenn wir jetzt nicht erreichen, dass die möglichen Weichen noch richtig gestellt werden, werden die Folgen gerade jene vor allem tragen müssen, die Gewerkschaften und Sozialdemokraten zu vertreten glauben.

Beschäftigungspolitik zwischen Sackgasse und Ausweichpfaden

Der Ruf nach dem Staat

Von Rudolf H. Strahm

Ist die für 1983 geplante Arbeitsbeschaffungspolitik des Bundes ein Motor für die Wirtschaft, oder ist sie ein Alibi fürs Nichtstun? Was werden die Beschäftigungsmassnahmen bewirken? In welcher Richtung werden sich die Wirtschaftsimpulse des Bundes auswirken: Hinein in die Sackgasse oder hinaus zu Ausweichpfaden? Solche Fragen und Überlegungen stellen sich bei der Unterstützung dieser Beschäftigungsmassnahmen.

In der Frühjahrs- und Sommeression wird sich das Parlament mit den Wirtschaftsprogrammen befassen, die unter den vielversprechenden Titeln

«Massnahmen zur Stärkung der schweizerischen Wirtschaft» und «Verbesserung der Rahmenbedingungen» laufen.

Kurzfristig ist es durchaus als ein Erfolg zu bezeichnen, dass der Bundesrat nun zum Handeln bereit ist. Seit der Herbstsession 1982, in deren Debatte sich der Bürgerblock gegenüber Beschäftigungsmassnahmen noch sehr ablehnend gestellt und sich auf die Leerformel «Verbesserung der Rahmenbedingungen» zurückgezogen hatte, hat ein Meinungsumschwung zugunsten einer aktiveren Politik stattgefunden. Was die *längerfristige* Auswirkung betrifft, müssen wir uns indes auch die Frage stellen, ob

die Marschrichtung richtig ist, oder ob auch gefährliche Fehlentwicklungen zumindest nicht ausgeschlossen sind.

Meinungsumschwung kam rasch

Im Herbst 1982 gab es im Nationalrat eine grosse, langfädige Wirtschaftsdebatte, die nur zum Fenster hinaus ihre Wirkung hatte, aber keinerlei Massnahmen des Bundesrates auslöste. Nach der Debatte regte der für seine Beharrlichkeit bekannte Nationalrat Walter Renschler an, alle Vorschläge aus dem grossen Redenreigen zusammenzubringen und eine Synoptik der Parteien-Vorschläge zu erstellen. Im Blick auf die Regierungsparteiengespräche vom November 1982 erstellten die Generalsekretäre der Parteien eine Liste möglicher gemeinsamer Themen, wobei von SP-Seite leider zum vornherein auf das Einbringen alter sozialdemokratischer Postulate — etwa der Arbeitszeitpolitik und der Lehrlingsausbildung — verzichtet worden war, weil es nicht konsensfähige Themen waren. Immerhin konnten, mit beharrlicher Präsenz des SP-Fraktionssekretärs, auch regional politische Forderungen in den Katalog eingebracht werden, der Mitte November dem Bundesrat zugestellt wurde.

Eigentlich wollten die Bürgerlichen nur gerade die Exportrisikogarantie verbessern. Einzig der politische Anstand verbietet uns, die Namen jener rechtsbürgerlichen Parlamentarier zu nennen, die sonst in aller Öffentlichkeit gegen Bürokratie und Staatsinterventionismus losdonnern, die nun hinter den dicken Vorhängen des Hotels Bellevue zu Bern lautstark nach verstärkter Exportrisikogarantie (ERG) riefen.

Aus diesem schmalen Konsens «jetzt muss man etwas tun» der Regierungsparteien ist das Massnahmepaket des Bundesrates entstanden. Man darf ruhig von einem *kleinen Meinungsumschwung* sprechen, der seit dem November 1982 in der Berner Mechanik stattgefunden hat, wobei der Departementswechsel des tatendurstigen Kurt Furgler natürlich auch mitgespielt hat.

Das Massnahmepaket des Bundesrates besteht im wesentlichen aus vier Teilen. Die ersten zwei sind auf die Frühjahrssession, die zweiten auf den Sommer 1983 zur parlamentarischen Entscheidung vorgesehen. (Beschreibung siehe Kasten.)

Vorgeschlagene Beschäftigungsmassnahmen des Bundes

1. Der Bund zieht *Beschäftigungsaufträge* zeitlich vor, so dass sie in den nächsten Monaten bereits nachfragewirksam werden. Von den 640 Millionen vorgezogener oder zusätzlicher Bundesausgaben sollen:
 - 272 Millionen zur sofortigen Bestellung von *Kriegsmaterial* bei Bührle-Contraves (190 Millionen), in Emmen und in Le Locle eingesetzt werden, wobei bei diesen Aufträgen «kein Vorgriff auf das Rüstungsprogramm 1983» vorgesehen ist;
 - 99 Millionen den *Privatbahnen* zugutekommen;
 - 64 Millionen für die *Wohnbauförderung* eingesetzt werden;
 - zusätzlich eine Vielzahl klein und kleinster Beschaffungs- und *Investitionsprojekte* in Auftrag gegeben werden.
2. Weiterführung der staatlichen Absicherung von Exportkrediten, indem die *Exportrisikogarantie* des Bundes ohne Prämien erhöhung weitergeführt wird, unter Inkaufnahme eines jährlichen Verlustes von mindestens 300 Millionen. Hinzu kommen zusätzliche 100 Millionen Franken für sogenannte *Mischkredite*, d.h. für die «Mischung» privater Bankkredite an Entwicklungsländer mit niedrigverzinslichen Darlehen des Bundes, zwecks Exportförderungen in die Dritte Welt.
3. Weitere Bundeshilfen für betroffene *Regionen*, und zwar u.a. durch Erhöhung der Bundesbürgschaften für Bankkredite zugunsten schwacher Regionen (*Beschluss Bonny*) und durch weitere Zinskostenverbilligungen in Bergregionen (*Investitionshilfegesetz, IHG*).
4. Ein Bundesgesetz für *Innovationsrisikogarantie*, mit der der Bund kleineren Unternehmen die kapitalmässigen Risiken bei der Einführung neuer Erfindungen und Techniken aus einem Fonds abdecken soll; also eine Art staatliche Versicherung bei technologischen Innovationen, wie man sie in Österreich und England bereits kennt.

Die Massnahmen 1 und 2 sollen im Frühjahr, die Massnahmen 3 und 4 im Sommer 1983 vors Parlament kommen. Es sind verwaltungsintern noch spätere zusätzliche Massnahmen vorgesehen.

Mehr Staat ist gefragt

Die SPS wird diese Massnahmen des Bundesrates im Parlament sicher unterstützen. Sie wird sie besonders gegen Störmäöver jener Kreise verteidigen, die glauben, sie hätten immer noch den Wind der Staatsfeindlichkeit im Rücken.

Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Sozialdemokraten mit gebanntem Blick auf die Rechtsextremen im Parlament das bundesrätliche Paket blindlings unterstützen und sich kaum mehr Rechenschaft geben über die Nachteile und Grenzen der vorgesehenen Massnahmen. Die folgenden Überlegungen sollen dazu dienen, die Massnahmen an unseren eigenen Perspektiven zu messen. Gera-de mit dem neuen Parteiprogramm haben wir auch solche Perspektiven. Wir sind nicht nur die «Reparaturkolonne des Kapitalismus».

Kritik 1:

Wachstumsförderung ist nicht gleich Beschäftigungsförderung!

Man darf sich nicht täuschen: Nicht alle der angekündigten Massnahmen zur Stärkung der Wirtschaft sind auf längere Sicht beschäftigungsfördernd. Sicher sind die vorgezogenen Bundesaufträge direkt und kurzfristig beschäftigungswirksam. Aber die strukturpolitischen Massnahmen (Impulsprogramme, Innovationsrisikogarantie, Regionalpolitik) sind erstens nur langfristig überhaupt wirksam, nicht vor Ende 1980er Jahre, und zweitens beschäftigungsmässig im Endefekt nicht durchweg positiv. Die regionale Unterbeschäftigung, der Niedergang der Uhrenindustrie, ist mit diesen Massnahmen nicht zu beheben und nur langfristig und beschränkt zu lindern.

Das grösste Kontingent der Ganzarbeitslosen in der Schweiz ist heute weder in der Uhren- noch in der Metallindustrie, sondern im Bereich Verwaltung, Büro, Handel. Ende Dezember 1982 war diese Gruppe, als Opfer des Rationalisierungsschubs im Büro, mit 23 Prozent an der Spitze; mit grossem Abstand erst gefolgt vom Bereich Maschinen- und Metallindustrie mit 15 Prozent und von der Uhrenindustrie mit 6 Prozent aller Arbeitslosen. Bei der Teilarbeitslosigkeit ist allerdings die Maschinenindustrie an vorderster Stelle. Fast ein Drittel aller Ganzarbeitslosen sind übrigens Jugendliche, und nahezu die Hälfte aller Registrierten ohne Stelle sind Frauen.

Arbeitslosigkeit ist also nicht nur ein Regionalproblem, aber die betroffenen Regionen haben natürlich publizistisch am meisten Erfolg und Unterstützung.

Wir erliegen allzuoft dem gedanklichen Kurzschluss, Wirtschaftsförderung heisse Beschäftigungsförderung. Beim zweiten Impulsprogramm, das seit 1982 in Kraft ist und etwa drei Jahre läuft, gibt es sowohl Massnahmen, die *Arbeitsplätze schaffen*, als auch solche, die *Arbeitsplätze vernichten*:

● Die Förderung der Elektronik durch Verheiratung von Steuerungselementen (Mikroprozessoren) mit Maschinen kann durchaus bewirken, dass Schweizer Investitionsgüter im Ausland konkurrenzfähiger werden, was auch positiv beschäftigungswirksam wird.

● Das Energieausbildungsprogramm für Architekten und Ingenieure und die Beratung im Bereich Energiesparen ist sicher beschäftigungspolitisch vorteilhaft wirksam, abgesehen von der ökologisch positiven Wirkung.

● Die Ausbildung auf das Computer Aided Design (CAD)

an verschiedenen Höheren Technischen Lehranstalten heisst im Klartext, dass die Maschineningenieure in Zukunft auf die Maschinenzeichner verzichten können, weil sie das Zeichnen dem Computer in Auftrag geben. Solche Massnahmen sind zwar rationell, aber nicht beschäftigungsfördernd.

● Die Wirtschaftsinformatikschule Schweiz (WISS), die vom Bund finanziert wird, wird dazu führen, dass die ausgebildeten Fachleute im Betrieb mit Computerhilfe individuell die Leistung jedes Arbeitsplatzes messen und den ganzen Betrieb «durchrationalisieren» können, was sicher per saldo nicht beschäftigungsfördernd sein wird. Im Gegenteil, die Firmen werden in der Lage sein, die *arbeitsplatzvernichtende «Gemeinkostenwertanalyse»* gleich selber durchzuführen. Die WISS wird finanziert vom Bund, aber getragen wird sie vom Zentralverband der Arbeitgeber, vom Kaufmännischen Verein und den Verbänden der Computerfirmen. Doch die Gewerkschaften sind dabei komplett abgemeldet. Verantwortlich für diese gewerkschaftliche Absenz ist der ehemalige SGB-Sekretär und heutige Konjunkturdelegierte, Waldemar Jucker, der den SGB nicht dabei haben wollte.

Per Saldo resultiert also ein eher zwiespältiges Bild von Konjunkturförderung. Tatsächlich kann punktuell wirtschaftliches Wachstum ange regt werden, aber längerfristig ist es ein Wachstum ohne neue Arbeitsplätze.

Es wird in Zukunft unsere Aufgabe sein müssen, die vom Bund vorgeschlagenen Massnahmen besonders auf den Beschäftigungsaspekt hin — auf *Quantität und Qualität der Arbeit* — differenziert zu überprüfen. Der vom Bundesamt für Konjunkturfragen zur Schau

gestellte Zweckoptimismus allein ist zu unverlässlich.

Kritik 2:

Arbeitsbeschaffung wäre auch in vernünftigeren Bereichen möglich

Das neue Beschäftigungsprogramm ist sehr EMD-lastig, 42 Prozent der Bundesaufträge sind Militäraufträge, wobei sich die Bürgerlichen dagegen wehren werden, diese als vorgezogene und bei späteren Militärbudgets in Abzug zu bringende Aufträge zu behandeln.

Im Klartext: *Unter dem Titel «Arbeitsbeschaffung» bekommt das Militär mehr Geld.* Hauptnutzniesser ist wiederum der *Bührle Konzern* mit fast 200 Millionen Franken für Skyguard-Systeme. Niemand kennt die Beschäftigungslage im Bührle-Konzern genau. Niemand kann beurteilen, ob dieser Auftrag konjunkturpolitisch gerechtfertigt sei. Die Aufblähung des Rüstungssektors zahlt sich nicht aus: Was einmal aufgeblasen ist, muss mit stets neuen Staatsaufträgen weiter aufgebläht werden. Der Beschäftigungseffekt einer Million Auftragsfranken ist in der Rüstungsindustrie viel tiefer als einer Million in andern Wirtschafts-Bereichen. Dies lässt sich aus der Betriebszählung 1975 sehr deutlich herausrechnen.

Die SBB fallen beim Auftragspaket des Bundes weg, obschon sie einen immensen Nachholbedarf hätten, z.B. bei der Waggon-Erneuerung. Ihre Chefs blickten ängstlich und wie gebannt auf den der SBB verordneten «Leistungsauftrag» und liessen sich die Gelegenheit zu zusätzlichen Beschaffungsaufträgen entgehen.

Für *Energiesparmassnahmen* sind nur gerade 10 Millionen Franken eingesetzt. Dabei könnte man auch gerade die Metallindustrie mit Beschäfti-

gungsmassnahmen fördern: Würden die 270 Millionen fürs EMD zur Verbilligung der Sanierung von Heizungsanlagen und für Wärme-Kraft-Kopplungen eingesetzt, könnte man auf vernünftige Art viel mehr Arbeitsplätze schaffen. Der Bund könnte, sagen wir, 15 Prozent an die Heizungssanierung zahlen — in den betroffenen Regionen z.B. 25 Prozent. Dies würde *sofort und direkt beschäftigungswirksam* in den kommenden Monaten ein Auftragsvolumen von etwa 1,3 Milliarden Franken auslösen, und zwar verteilt auf Metallindustrie, Apparatefirmen und lokale Installationsbetriebe. Dies nur als hypothetisches Beispiel einer Alternative, die bei gleichen Kosten beschäftigungsintensivere, ökologisch sinnvolle und wirtschaftlich rentablere Beschäftigungspolitik darstellt. Dass das EMD sich immer wieder mit Aufträgen in die vordersten Ränge der Konjunkturförderung setzen kann — sei es mit Tricoteibchen oder Skyguard-Systemen — ist einzig auf den Einfluss der militärisch-industriellen Lobby in diesem Lande zurückzuführen. Allerdings muss gesagt werden, dass diese EMD-Lastigkeit des Beschaffungsprogrammes bereits durch das Bundesamt für Konjunkturfragen verursacht worden ist. Der Fragebogen, den es Ende November 1982 an die Bundesämter verschickte, war so restriktiv, dass verschiedene Beschäftigungsprojekte im Bereich öffentlicher Verkehr, Energie und Infrastrukturvorhaben schon wegen der Fragen ausgeschlossen worden waren.

Kritik 3:

Der Staat muss den Bankier ersetzen

Nicht etwa die Linke, sondern bürgerliche Kreise, die Export-

wirtschaft und die Bankiers rufen heute gemeinsam nach neuen Instrumentarien. Die Banken wollen keine Risiken tragen in Bereichen die nicht mehr rentieren. In verschiedenen Bereichen «streiken» sie auf ihre eigene, stille Weise bei neuen Krediten. Deshalb wird allenthalben nach dem Staat gerufen:

● Die *Exportrisikogarantie (ERG)* muss ausgebaut werden, weil die Bankiers sonst bei Exportkrediten nicht mehr mitmachen.

● Die *Mischkredite* sind gefragt, damit der Bund die Bankenkredite verbilligt und trotzdem den primären Entscheid bei den Banken belässt.

● Die Erhöhung der *Bundesbürgschaften* im Rahmen des *Bonny-Beschlusses* von einem auf zwei Drittel der Kosten ist deshalb nötig, weil die Banken besonders in den betroffenen Regionen und Branchen mit Darlehen zurückhaltend sind.

● Schliesslich ist auch die *Innovationsrisikogarantie* deswegen nötig, weil der Pionierunternehmer, der nicht genügend Sicherheiten anzubieten hat, bei den Banken nicht mehr ankommt.

Das bürgerliche Schlagwort von «Rahmenbedingungen der Wirtschaft verbessern» und dergleichen heisst im Klartext: *Der Staat muss die Risiken übernehmen, die vorher von Banken getragen wurden.*

Die Banken, und in ihrem Gefolge das Heer von Finanzplatz-Journalisten, schieben die Schuld den veränderten Spargewohnheiten der Schweizer zu: «Schuld» ist nach ihrer Ansicht die Verschiebung vom individuellen Banksparen zum institutionellen Zwangsparen durch die Zweite Säule. Man spricht von «zu wenig Risikokapital», aber der Finanzplatz Schweiz brachte im Jahr 1982 weit über 30 Milliarden Franken Kapital ins Ausland, und zwar zum Teil

auf Eurodollarmärkte mit risikantestem Charakter! Was wäre die *Alternative*? Wir Sozialdemokraten sind, im Interesse der Arbeitsplatzerhaltung, nicht gegen staatliche Risikoübernahmen. Man könnte sich aber auch Alternativen vorstellen, die den Staat weniger kosten: Eine Art Kreditlenkung, d.h. Vorschriften, dass jedes Kreditinstitut einen minimalen Anteil seiner Kredite in einen Fonds für betroffene Branchen, Regionen und in den Wohnungsbau leiten müsste, wäre eine kostengünstigere Alternative. Es wäre zwar auch «mehr Staat», aber auf eine Art, die den Staat *weniger kostet* als das jetzige System der *Sozialisierung von Kosten und Risiken*. Wer hat in helvetischen Landen den Mut, die Frage einer vernünftigen Kreditzuteilungspolitik überhaupt aufs Tapet zu bringen?

Kritik 4:

Staat übernimmt zunehmend die Risiken der Weltwirtschaft

In allen Industrieländern, nicht nur in der Schweiz, wird die Exportexpansion in die Dritte Welt nur noch auf Kreditbasis finanziert. Die Dritte Welt wird zum Absatzhinterhof nach dem Motto «Kaufe heute — zahle später».

Die gigantische Aussenverschuldung aller Entwicklungsländer zusammen von 650 Milliarden Dollar führte dazu, dass die international tätigen Banken nicht mehr weiter Exportkredite gewähren können oder wollen. Deshalb müssen nun die Notenbanken, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Industrieländer-Regierungen mit Krediten, Risikoübernahmen, Zahlungsbilanzhilfen und dergleichen einspringen. Auf der andern Seite müssen die hochverschuldeten Entwicklungsländer die Schuldenabtillungen und Zinsen buchstäb-

lich vom Esstisch der Bevölkerung wegsparen. Beweise für die Dramatik dieser Austerity-Politik erleben wir in jüngster Zeit in der Türkei, in Polen, Argentinien und neuerdings in Mexiko.

Auch in der Schweiz leistet der Bund zunehmende Hilfen an dieses internationale Verschuldungsgebäude. Zusätzliche *Mischkredite, Zahlungsbilanzhilfen, Schuldenkonsolidierungskredite* und neuerdings Bundesmittel für das *ERG-Defizit* werden nötig, um die Löcher zu stopfen, bei deren Entstehung der Bund nichts zu sagen hatte.

Es macht sich eine *neue Art keynesianische Politik* breit, indem der Staat überall, nicht nur in der Schweiz, private Schulden übernimmt und Löcher stopft, die aus der internationalen Verschuldung des Bankensystems entstanden sind. *Also eine Art «Deficit Spending» durch die gigantische Sozialisierung von Verlusten und Risiken.*

Bei der früheren keynesianischen Konjunkturankurbelung konnte der Staat wenigstens sagen, wo er die Nachfrage beleben will; aber beim jetzigen gigantischen «Löcherstopfen» kann der Staat nur noch im Nachhinein Feuerwehr spielen. Die Übernahme des *ERG-Defizites* durch den Bund wird zwar als Vorschuss aus der Bundeskasse deklariert. Dieser Zweckoptimismus ist eine bewusste und *offensichtliche Irreführung der Politiker*. Jeder Mann weiß, dass auf lange Sicht bei dieser internationalen Verschuldung keine Trendwende vorauszusehen ist. Man wird weiterhin versuchen, *durch Exportankurbelung die Arbeitslosigkeit bei uns auf dem Buckel der Dritten Welt zu beheben*. Es ist auch eine Zwecklüge, die Kredite an die Entwicklungsländer und die Exportförderungsmassnahmen gewisser-

massen noch als Entwicklungshilfe zu deklarieren. Die modernsten Industriegüter sind Produkte für die dortigen Oberschichten und für die Zentren. Für die armen Bevölkerungsschichten bringen sie höchstens Entwicklung und Unterentwicklung. Während bei uns nun für den kommenden Finanzplan 1984-86 die Mittel für die technische Zusammenarbeit gekürzt werden, werden die Mittel für die Exportförderung in die Dritte Welt weiter aufgestockt. Was wären die kurzfristigsten *Alternativen beim Paket der ERG*? Die Prämien der Exporteure, die an die ERG bezahlt werden müssen, sollten gestaffelt werden. Nur diejenigen Branchen sollten ihre Prämien nicht erhöhen müssen, die als förderungsbedürftig identifiziert sind. Bei allen andern sollten die Prämien auf ein kostendeckendes Niveau angehoben werden. Damit könnte man die ERG-Defizite, die zulasten der Bundeskasse anfallen, mindestens halbieren.

Bis jetzt deckt die ERG bei Währungsabsicherungen den Firmen die Verluste, die aus Wechselkursschwankungen entstehen, während ihnen allfällige Aufwertungsgewinne in die privaten Taschen fliessen. Es wäre nichts als logisch, wenn die Währungsgewinne in die ERG-Kasse abgeschöpft würden. Die SP-Fraktion hat dies bereits vor Jahren vorgeschlagen.

Entlastungsstrategien

Die vier obrigen Kritiken an der Beschäftigungspolitik dürfen uns nicht dazu verleiten, in Technologiefindlichkeit zu machen. Eine Beschäftigungspolitik durch Rückkehr zum biologischen Familiengarten oder zur Windenergie liegt *allein* nicht drin. Die neuen Technologien kann man weder ver-

bannen noch verbieten. In ihnen liegen einerseits Gefahren, aber anderseits auch grosse Chancen zu einer umweltgerechten und menschengerechten Entwicklung. Man muss sie nur «domestizieren», das heisst in den Dienst des Menschen stellen und der Naturumwelt anpassen.

Wer ausgedeutscht haben möchte, was das im einzelnen heissen könnte, sollte sich mit dem Buch von Joseph Huber «Die verlorene Unschuld der Ökologie» auseinandersetzen (Vergl. Rote Revue Nr. 2/1983). Es ist meines Erachtens unter den jährlich Hunderten von neuen politischen Büchern der lebenswerteste Beitrag zur Wirtschaftsdebatte.

An einer Programmatik, was denn unsere realistische Antwort auf die Beschäftigungsfrage ist, müssen wir in nächster Zeit arbeiten. Der Raum, diese darzustellen, reicht hier nicht aus. Ich möchte nur *die drei Stossrichtungen* andeuten. In einer späteren Abhandlung müssen wir diese Massnahmen dann konkretisieren.

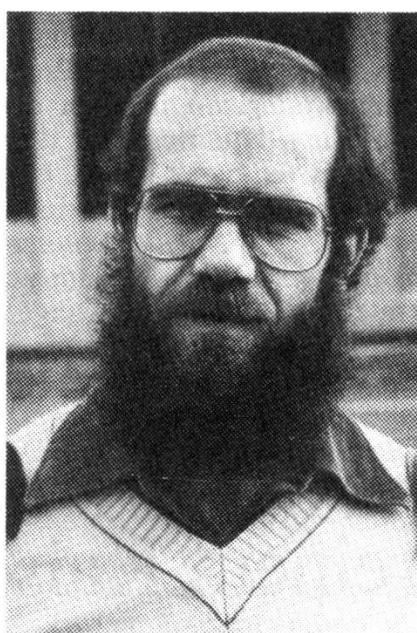
1. Stärkung der schweizerischen Wirtschaft im *Binnensektor*, und zwar durch ein nationales Investitionsprogramm im Bereich Energiesparen, beim Umweltschutz und beim öffentlichen Verkehr. Es braucht eine Verstetigung und Erhöhung der Investitionen in jenen Bereichen, die der Lebensqualität am besten dienen und die erst noch beschäftigungswirksam sind. Die Schweiz. Arbeitsgemeinschaft Energiesparen (SAGES) rechnet z.B. mit einem Energiesparmarkt von 1,4 bis 2 Milliarden Franken im Jahr. Allein beim Einfamilienhausbau wäre in der Schweiz ein Sanierungsvolumen von über 10 Milliarden Franken vorhanden, dessen Verwirklichung 66'000 Mann-Jahre Beschäftigung auslösen würde.

Vor zwanzig Jahren wurde in der Schweiz jeder vierte Franken im Ausland verdient, und heute ist es beinahe jeder zweite Franken. Diese gewachsene Import- und Exportquote hat uns zwar viel Wohlstand gebracht, aber macht uns auch zunehmend von ausländischen Krisen abhängig. Deren soziale Kosten wären für uns kleiner, wenn der Binnensektor stärker wäre. Die Beschäftigungsförderung muss

viel mehr wieder im Inland anstatt im Exportsektor vor sich gehen.

2. *Arbeitszeitpolitik* muss zum wichtigsten Instrument der Garantierung von Arbeitsplätzen für jeden Arbeitswilligen werden. Dabei muss man sich von der fixen Idee, ja vom Mythos trennen, schrittweise, lineare Arbeitszeitverkürzung oder allein die 40-Stunden-Woche

Neu bei der SPS



Hans Kaspar Schiesser ist der neue Pressesekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Er hat sein Amt im Februar angetreten. Als ehemaliger Redaktor bei der Thurgauer AZ kennt Hans Kaspar Schiesser den SP-Laden von der Basis her.

Hans Kaspar Schiesser ist 1948 geboren, besuchte im Kanton Glarus die Primar- und Kantonsschule, wo er die Matura machte. In Bern und Freiburg i. Brsg. studierte er

Soziologie, Politik und Wirtschaftsgeschichte. In Mötschwil im Kanton Bern amtete er als Primarlehrer. Bis 1978 war er freier Mitarbeiter verschiedener Zeitungen, redigierte auch eine Turnvereinszeitung. Ab 1978 war er Redaktor bei der «Tat» im Ressort Zürich. Dann wurde er Redaktor beim «Bodensee Tagblatt». Schliesslich landete er in Arbon bei der Thurgauer AZ, wo er seither als verantwortlicher Redaktor gearbeitet hat. Im Militär ist er Panzer-Oberleutnant, ein nicht gerade bequemer, wie zu vernehmen war. Hans Kaspar Schiesser hat in den verschiedensten Gegenden unseres Landes gelebt und gearbeitet und war auch im Ausland. Diese Landeskenntnisse werden ihm bei seiner Arbeit bei der SPS von Nutzen sein. Als Pressesekretär wird er enge Verbindung mit der Redaktion der Roten Revue pflegen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihm, die in diesem Heft bereits begonnen hat, weil ich HKS als engagierte und zähe AZ-Mann kenne. Wir haben ihn aus dem Kreis der AZ-Macher nur ungern ziehen lassen. Dass er uns als Journalist erhalten bleibt, macht den Verlust etwas wett.

Toya Maissen

würde neue Arbeitsplätze schaffen. Soweit die Arbeitszeitverkürzung nur im Ausmass der Produktivitätssteigerung durchgesetzt wird — etwa eine Wochenstunde weniger pro Jahr — werden nicht neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern bestenfalls die weitere Freisetzung von Beschäftigten durch die Rationalisierung verhindert. Neue Arbeitsplätze schafft man nur entweder durch die Erhöhung der Nachfrage oder durch *Ermöglichung von Teilzeitarbeit* für alle diejenigen, die dies wünschen. Würde man allen denjenigen, die die wünschen, Teilzeitstellen anbieten, so würde wieder Vollbeschäftigung möglich werden und erst noch die Arbeitslosenversicherung entlastet. *Arbeitslosigkeit, wie wir sie heute kennen, ist die teuerste Form der Arbeitszeitverkürzung!*

Es ist bedauerlich, dass der Bundesrat das Postulat von Nationalrätin Yvette Jaggi, welche Teilzeitstellen in der Bundesverwaltung für alle jene, die dies

wünschen, forderte, abgelehnt hat. Indem der Bund gleichzeitig Teilzeitstellen ablehnt und Arbeitsbeschaffungsmassnahmen finanziert, betreibt er eine in sich widersprüchliche, *doppelbödige Beschäftigungspolitik*.

3. Wir sagen *Ja zur technologischen Entwicklung*, aber es braucht Anstrengungen, diese zu meistern. Kündigungsschutz, gesetzliche Mindestlöhne, verstärkte Rechte der Betriebskommissionen im Betrieb schaffen meines Erachtens keine neuen Arbeitsplätze, aber sie sind deshalb wichtig, weil sie der Enthumanisierung der Arbeit Einhalt gebieten, weil sie die Deklassierung und den sozialen Abstieg von Berufsleuten und Ungelernten bekämpfen. Wir brauchen solche «Entlastungsstrategien» in allen drei Bereichen. Nur wenn wir diese Alternativen bereit haben, können wir auch guten Gewissens gewisse *Fehlentwicklungen blockieren*. Wir Sozialdemokraten sind solange gezwungen,

auf jeden abfahrenden Zug aufzuspringen, solange wir nicht konkrete, technische Alternativen anzubieten haben. Ausweichpfade aus der Sackgasse werden weder von den Bürgerlichen noch vom bürgerlichen Bundesrat angeboten. Nach der langen Programmdebatte und den Grundsatzdiskussionen haben wir bei der *Konkretisierung* einen Nachholbedarf. Die Geschäftsleitung der SPS hat im Januar 1983 drei Fachausschüsse mit zeitlicher Befristung eingesetzt, die neben der ständigen Wirtschaftskommission der SPS nun einzelne Fragenbereiche konkretisieren: Eine erste Gruppe die Fragen der Betriebsverfassung und mögliche Ansätze zur Selbstverwaltung im Betrieb; eine zweite Gruppe die Möglichkeiten des gesetzlichen Mindestlohns und eine dritte Gruppe die möglichen konkreten beschäftigungspolitischen Massnahmen in der Richtung, wie wir Sozialdemokraten und Gewerkschafter sie uns vorstellen.

Der Zuchtmeister der SPD zieht sich zurück

Er begann mit einem Kaiserbild

Horst Hartmann zeichnet den Lebensweg von Herbert Wehner

Die deutsche Nachkriegsgeschichte zeigt, wie selten Politiker im Rampenlicht auftauchen, die unabhängig von Amt und Würden bestimmte Etappen verkörpern. Neben den Sozialdemokraten Kurt Schuhmacher, Willy Brandt, Helmut Schmidt, dem einstigen Zentrumspolitiker Konrad Adenauer und dem Kommunisten Walter Ulbricht muss in diesem Zusammenhang Herbert Wehner genannt werden, der nicht mehr

für den nächsten Bundestag kandidiert.

Nur um zwei der Genannten haben sich schon zu Lebzeiten Legenden gesellt, die ihr Wirken überschatteten. Das gilt für Konrad Adenauer, den rheinischen Fuchs, der frühzeitig glorifiziert wurde, obwohl er die deutsche Einheit ohne Verhandlungen verspielte. Das gilt ebenso für Herbert Wehner, der von seinen Gegnern immer wieder als Bürgerschreck und

dämonisierte Rasputinfigur verteuft wurde. Gegen ihn wurde wie im Mittelalter ein widerlicher Glaubenskrieg geführt, verketzerte man ihn doch als ewigen Kommunisten, als einen, der nie abgeschworen habe, als jenen, der tat, was Moskau nützen könne. Perfidie mit Methode!

Die Realität sieht anders aus. Die deutschen Sozialdemokraten verlieren ihren grossen alten Mann, ihren preussischen